



MEHR DEMOKRATIE !

Mehr Demokratie e.V.
Roman Huber
Tempelhof 3
74594 Kressberg
tel 07957-9239 050
fax 07957-9269 810
email@mehr-demokratie.de
www.mehr-demokratie.de

ZUM WOHLF DES VOLKES. BUNDESTAG RETTEN!

20. Februar 2012

Liebe Bürgerin, lieber Bürger,

es ist nun wirklich nicht die Jahreszeit für Gewitter, aber es braut sich etwas zusammen in den Wolken über Berlin und Brüssel. Ein Wetterleuchten und Donnerrollen. Hier reiben sich die Milliarden für Rettungsschirme an unserer parlamentarischen Demokratie. Ja, diesmal geht es um den Bundestag. Der war sonst vornehmlich Adressat unserer Forderungen. Wir hätten auch nicht gedacht, dass wir zu einer Rettungsexpedition aufbrechen müssen.

Aber nähern wir uns langsam einem Thema, das uns alle betrifft (und bei dem kaum jemand durchblickt).

Blitzlicht 1: Wissen Sie welches Volumen der Bundeshaushalt hat? Das ist keine rhetorische Frage. Die Zahl ist wichtig, um das Problem einschätzen zu können, mit dem wir es tun haben. Im Jahr 2011 betrug das Haushaltsvolumen 306 Milliarden Euro. So beschlossen vom Bundestag.

Blitzlicht 2: Der Euro ist in Gefahr. Es wird ein Rettungsschirm nach dem anderen aufgespannt. Einige Länder haften für die Stabilität des Euro und damit für die anderen Länder. Für Deutschland beläuft sich das Haftungsrisiko auf 643 Milliarden Euro. Hören Sie schon den Donner?

Blitzlicht 3: Aktuell geht es darum, aus dem provisorischen Rettungsschirm einen dauerhaften zu machen, den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Vorgesehen ist, dass Entscheidungen zum ESM von einem Gouver-

Das Haftungsrisiko

Deutscher Anteil bei Zahlungsausfall der Länder Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien:

Max. Garantiesumme Rettungsschirm EFSF
253 Mrd. EUR

Target-Verbindlichkeiten der o.g. Ländern
245 Mrd. EUR

EZB-Anleihenkäufe
94 Mrd. EUR

1. und 2. Griechenland-Hilfe
24 Mrd. EUR

Anteil an IWF-Hilfe
15 Mrd. EUR

Europ. Finanzstabilisierungsmechanismus EFSM
12 Mrd. EUR

Summe 643 Mrd. EUR

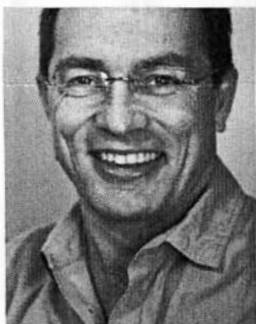
*Stand 14.2.2012,
ifo Institut

neursrat getroffen werden. Der besteht nur noch aus den Finanzministern der EU-Länder und soll „Durchgriffsrechte“ gegenüber Mitgliedsstaaten haben.

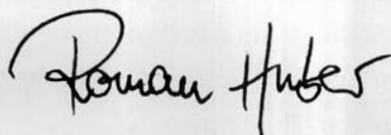
Ein Blitz macht noch kein Gewitter, drei Blitze schon. Wie kann Deutschland für 643 Milliarden Euro bürgen, wenn der Bundeshaushalt „nur“ 306 Milliarden Euro umfasst? Ab wann sind die Rechte des Bundestages so ausgehöhlt, dass er in dieser Sache nichts mehr zu sagen hat? Wer vertritt uns dann? Unser Finanzminister? Da kracht und donnert es im Gebälk unserer parlamentarischen Demokratie.

Und überhaupt: Wenn Souveränitätsrechte abgegeben werden sollen, können das doch nicht Merkel und Sarkozy unter sich ausmachen. Das Bundesverfassungsgericht spricht von einer Grenzlinie. Wird die berührt, muss das Volk selbst entscheiden. Wenn wir wollen, dass hier kein Blitz einschlägt, müssen wir jetzt Forderungen aufmachen, wir brauchen Blitzableiter: Damit nicht noch mehr Kompetenzen vom Bundestag abgegeben werden, muss er zu dem dauerhaften Rettungsschirm mit NEIN stimmen. Oder es muss einen Volksentscheid geben. Dabei geht es nicht gegen Europa, sondern für ein Europa der Bürger. Wir dürfen uns nicht entmündigen lassen!

Nun müssen diese Forderungen aber auch laut werden, so laut, dass sie in dem Donnerrollen gehört werden. Der Rettungsschirm wird im Europa- und im Haushaltsausschuss des Bundestages verhandelt. Wir wollen an die Parteispitzen in diesen Ausschüssen heran, und zwar in ihren Wahlkreisen. Mindestens zehn Aktionen sind zu organisieren. Auf Marktplätzen in ganz Deutschland. Presse-terminen. Viel zu tun, um die Abgeordneten zur Rede zu stellen. Wir rechnen mit 17.500 Euro Kosten. Gegenüber den Hunderten Milliarden nimmt sich das wenig aus. Für Mehr Demokratie ist es viel Geld. Deshalb bitten wir Sie um eine Spende. Begleiten werden wir unsere Aktionen mit einem kräftigen Internetauftritt und einen Aufruf. Bitte helfen Sie mit einer Blitzableiter-Spende, mit 10, 25, 50 oder 100 Euro! Gemeinsam können wir die Blitzeinschläge abwenden!



Herzlich grüßt Sie
Ihr



Roman Huber
Bundesvorstand

P.S.: „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen ... werde.“ Dieser Eid steht so im Grundgesetz. Geschworen haben ihn die Kanzlerin und ihre Minister. Da steht doch nichts vom Wohle der Banken, oder? Wir verlangen nach einer Politik zum Wohle des Volkes. Mit den Bürgern, nicht über ihre Köpfe hinweg!